

Am Ende des Wachstums?

Einige Nach-Gedanken zur Wirtschaftspolitik der sozial-liberalen Koalition

Prof. Dr. Udo Ernst Simonis, geb. 1937 in Hilgert (Rheinland), gelernter Bäcker und Konditor, Studium der Ökonomie in Mainz, Berlin und Freiburg, Assistent an der Universität Kiel; Forschungsaufenthalte in Japan und Hongkong, Berater des Präsidenten von Zambia; seit 1973 Professor für Ökonomie an der TU Berlin, Direktor am Institut für Umwelt und Gesellschaft des Wissenschaftszentrums Berlin.

In der Serie „Bilanz einer Epoche“ der Wochenzeitung „Die Zeit“ schrieb Rüdiger Altmann vor kurzem u. a.: „Niemand kann sich dem Zwang entziehen, nach dem Zusammenbruch der sozial-liberalen Koalition ihre Leistungen während der 13 Jahre ihrer Regierungszeit an den ungelösten Problemen zu messen, die sie hinterläßt“ (Nr. 40). Marion Gräfin Dönhoff widersprach heftig: „Mein Gott, welche Regierung hinterläßt denn keine ungelösten Probleme? ... Wer eine Leistung messen will, der muß sich vor allem des Maßstabs vergewissern, den er anlegt“ (Nr. 46). In der Tat, da möchte man schnell zustimmen. Doch welchen Maßstab legt man an, wenn mehrere vorhanden sind - und wie ist welcher zu gewichten?

Wirtschaftspolitik 1969 bis 1982: ein differenziertes Urteil

Zwischen 1969 und 1982 hat sich nicht nur im Bereich der Außen- und Innenpolitik sondern auch im Bereich der Wirtschaftspolitik vieles geändert. Der Betrachter mag sowohl positive wie negative Veränderungen erkennen. Doch in der Einschätzung ihrer Proportionen gibt es erhebliche Unterschiede. Wie für kaum einen anderen Politikbereich wird ein Gesamturteil über die Wirtschaftspolitik daher strittig sein (und bleiben). Die Gründe hierfür liegen bei den Beurteilungskriterien und dem zeitlichen und räumlichen Bezugsrahmen der Betrachtung:

- Es gibt zwar ein herausragendes, aber doch kein einheitliches wirtschaftspolitisches Ziel. Je nachdem ob und mit welchem Gewicht man die Wirtschaftspolitik unter Beschäftigungs-, Wachstums-, unter Inflations- oder Zahlungsbilanz-Gesichtspunkten (um nur die konventionellen makro-

- ökonomischen Ziele zu nennen) bewertet, muß das Ergebnis unterschiedlich ausfallen.
- Der jeweilige Grad der möglichen Zielerreichung ist, der Funktionsweise des Wirtschaftssystems entsprechend, zeitlichen Schwankungen unterworfen; gleichbleibend hohe Wachstumsraten des Produktionsvolumens und der Beschäftigung usw. sind nicht zu erwarten oder nicht vorhersehbar.
 - Ablauf- und ordnungspolitische Ziele und Maßnahmen können in Konflikt zueinander stehen; während die einen staatliche Haushaltsdefizite aus beschäftigungspolitischen Gründen für nötig erachten, sehen andere darin einen Verstoß gegen die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens.
 - Das Ergebnis einer Bewertung ist aber auch abhängig vom gewählten räumlichen Bezugsrahmen; eine international vergleichende Betrachtung kann ein national negatives (Teil-)Urteil erheblich relativieren. Es ist legitim, aber dennoch problematisch, die Ergebnisse nationaler Wirtschaftspolitik nur mit nationaler Statistik belegen zu wollen.
 - Wirtschaftspolitik läßt sich schließlich aber auch an ihren Vermeidungserfolgen messen: Selbst wenn es insgesamt oder in bezug auf bestimmte Ziele nicht gut um die Wirtschaft bestellt ist, so mag es beruhigend sein zu wissen, daß es schlimmer hätte kommen können.

Wenn es also unterschiedliche Kriterien für eine Bewertung von Wirtschaftspolitik gibt, wenn es den zeitlichen und räumlichen Bezugsrahmen zu beachten gilt, heißt dies, daß man es sich auch mit der Nach-Betrachtung der Wirtschaftspolitik der sozial-liberalen Koalition nicht zu leicht machen darf. Die moderne Wirtschaft ist ein höchst komplexer Systemzusammenhang. Dennoch überwiegen z. Z. Sichtweisen, die diese Komplexität reduzieren; Diagnose und Therapie wirtschaftlicher Problemsituationen werden gleichermaßen vereinfacht, sich gegenseitig ausschließende Erklärungen und Strategievorschläge stehen einander gegenüber. Auch in bezug auf die Wirtschaftspolitik leben wir offensichtlich in einer Zeit der Polarisierung.

Angebotstheoretische und nachfragetheoretische Erklärungsansätze liegen in Konkurrenz miteinander, A- oder B-Theorie, Smith oder Keynes, so oder ähnlich stehen die Fronten. Die wirtschaftspolitischen Strategievorschläge sind entsprechend polarisiert: Spar- oder Beschäftigungsprogramm, Lohnpause oder Nachfrageschub, Markt oder Staat, so oder ähnlich lauten die Stichworte. Traditionelle Denkmuster haben Hochkonjunktur. Das Niveau der zeitgemäßen Einsichten wird in der wirtschaftspolitischen Diskussion meist nicht erreicht. Neben die Kontroverse von „Mehr Markt oder mehr Staat“ tritt nicht die Forderung nach „Besserem Markt und besserem Staat“. Die „wachsenden Staatsausgaben“ werden problematisiert, ihre Struktur wird weiterhin

tabuisiert. Die Frage der „Staatsverschuldung“ wird wohl in bezug auf deren Höhe, weniger aber in bezug auf den wirtschaftspolitischen Zweck der Schulden diskutiert. Neben die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung müßten differenziertere Überlegungen zur Erhöhung der Flexibilität des gesamten Arbeitssystems treten, das allseitige Streben nach Wirtschaftswachstum müßte durch die Frage nach dessen Qualität ergänzt und geprüft werden.

Ein solches oder ähnlich lautendes Plädoyer für eine differenzierte wirtschaftspolitische Diskussion, für größere Flexibilität wirtschaftlicher Strukturen, aber auch größere Flexibilität des Denkens darüber, ergibt sich nicht nur aus der momentanen wirtschaftlichen Situation, es resultiert auch aus dem Nachdenken über die Wirtschaftspolitik der sozial-liberalen Ära.

Eucken und Keynes als Vorbilder der Wirtschaftspolitik: Erfolg und Scheitern

Die sozial-liberale Phase der Wirtschaftspolitik begann hoffnungsfroh, nach der (späten) Vermählung von Eucken und Keynes, von „aufgeklärter Marktwirtschaft“ und „globaler Nachfragesteuerung“:

- kodifiziert im Gesetz über Stabilität und Wachstum der Wirtschaft („Stabilitätsgesetz“) und im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen („Kartellgesetz“),
- verbunden mit besonderen Ansätzen zur Harmonisierung von Staat, Unternehmertum und Gewerkschaften („Konzertierte Aktion“) und zur Überwindung des historischen Gegensatzes von Kapital und Arbeit („Mitbestimmung“),
- einhergehend mit zaghaften Versuchen, die Ressortpartikularismen auf der Ebene des Zentralstaates („Planungsabteilung im Bundeskanzleramt“) zu überwinden und das Finanzgebaren auf den verschiedenen staatlichen Ebenen („mittelfristige Finanzplanung“) zu koordinieren,
- begleitet von der stärkeren Europäisierung von Teilpolitiken („Gemeinsamer Agrarmarkt“) und der (teilweisen) Emanzipation anderer Politikbereiche von der Wirtschaftspolitik („Entwicklungshilfepolitik“).

Diese und andere wirtschaftspolitischen Grundentscheidungen zu Organisationsformen und zu Koordinationsmechanismen hatten ihren je spezifischen Anteil am weiteren wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik in die Spitzengruppe der Industrieländer (in der Geschwindigkeit nur von Japan übertroffen). In bezug auf Produktionsniveau, Exportvolumen, Produktivität, Einkommens- und Lohnniveau, Inflationsrate und zahlreiche weitere Einzelindikatoren erreichte die deutsche Wirtschaft von Ende der 60er bis zum Ende der 70er Jahre, unterbrochen von leichten bis mittleren Störungen, hohe Werte in

den internationalen Rangskalen, worüber vielfältige Belege geliefert werden können.

Doch auch der wirtschaftspolitische Erfolg trägt ein Janus-Gesicht. Einen ersten Einbruch brachten die sogenannten Ölschocks ab 1973 - in Form der mehrfachen Anhebung der Preise für importiertes Öl. Obwohl die deutsche Wirtschaft die veränderte wirtschaftliche Situation relativ gut und schnell gemeistert hat, war eine ihrer „weichen“ Stellen deutlich geworden. Ihre zunehmende Einbindung in die Weltwirtschaft ließ einen bewährten Krisenmechanismus ab Mitte der 70er Jahre ausfallen; neben dem Nutzen wurden die Kosten der hohen außenwirtschaftlichen Verflechtung zunehmend sichtbar.

Nachfrageschwächen auf dem Binnenmarkt durch Exportexpansion zu begegnen, war nur durch weiter zunehmende Auslandsabhängigkeit zu erkaufen. Und dies stand im Widerspruch zu vielfältigen (mehr oder weniger ausgeprägten), im Verlaufe der zunehmenden Wachstumsschwäche der Wirtschaft sich verschärfenden Partikularinteressen sensibler, vom ausländischen Konkurrenzdruck bedrohter Sektoren und Regionen. Neben dem Agrarprotektionismus (angelegt in zunehmender Außenprotektion bei steigender Differenz zwischen Welt- und EG-Preisniveau) entstand industriepolitischer Protektionismus, verstärkt bei verzögerter interner Strukturanpassung und fehlender Industriepolitik - bis hin zum jüngsten Offenbarungseid der EG, dem Beschluß zur „Einschränkung der japanischen Exporte, vor allem von technologisch entwickelten Produkten“. Wegen des hohen außenwirtschaftlichen Verflechtungsgrades der deutschen Wirtschaft war aber auch die nationale Geldpolitik blockiert. Das hohe Zinsniveau auf den internationalen Finanzmärkten wurde nicht rechtzeitig reduziert, eine Abkoppelung der Zinspolitik von den USA nicht ernsthaft versucht, wodurch die Wachstumsschwäche der heimischen Wirtschaft weiter beschleunigt wurde und die rechtzeitige Wiederbelebung der Konjunktur mißlang.

Die Mitte der 70er Jahre einsetzende und seit Anfang der 80er Jahre allgemeine wirtschaftliche Problemlage zeigt gleich mehrere Schwachpunkte der Wirtschaftspolitik der sozial-liberalen Koalition auf: die fehlende Strukturpolitik, die verzögerte Anpassung an die sinkenden Wachstumsraten, verbunden mit einer nicht ausreichend qualifizierten Beschäftigungs- und Wachstumspolitik.

Trotz vieler anderslautender Beteuerungen gab es in der sozial-liberalen Ära keine aktive Strukturpolitik, die diesen Namen verdiente. Anders als in manchen der wirtschaftlichen Konkurrenzländer (wie z. B. Japan) war aktive Strukturpolitik einerseits nicht möglich (hier muß der Hinweis auf mangelnde

Strukturberichterstattung, auf fehlende strukturpolitische Ziele und Instrumente genügen); sie wäre andererseits nicht erfolgreich gewesen, was zum Teil an der späten Nachwirkung des wirtschaftlichen Erfolges der Nachkriegszeit und mit dem Glauben an die Wiederholbarkeit von Wirtschaftsgeschichte zu tun hat.

Es ist ein Phänomen, daß sich die Einschätzung der Staatsfunktionen im System der Marktwirtschaft gegen Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre umgekehrt proportional zur wirtschaftlichen Lage entwickelte. Um im obigen Bild zu bleiben: Die historisch begründete wirtschaftspolitische Ehe zwischen „Eucken“ und „Keynes“ von Beginn der sozial-liberalen Ära erlebte im Zeitablauf einen Bedeutungsverlust des Partners Keynes, während der Partner Eucken mehr und mehr in die Rolle seines Ahnen gedrängt wurde: Adam Smith. Wie jedes eheliche Auseinanderleben, so hat auch diese Entwicklung ihre Ursachen auf beiden Seiten: Die keynesianische Theorie liefert Entscheidungen für eine Konjunkturpolitik, nicht aber für eine im Zeitablauf immer notwendiger werdende Strukturpolitik. Vor allem die Strukturkrise des Arbeitsmarktes, „die bestprognostizierte Krise aller Zeiten“, wäre mit keynesianischer Strategie allein nicht zu heilen gewesen. Die Smithsche Theorie aber liefert keine schnellwirkenden Handhaben für aktive strukturpolitische Entscheidungen; in ihrer ausgeprägtesten Form bedeutet sie absolutes Vertrauen in die Selbstregulierungskräfte des Marktes, mithin die Neutralisierung von Wirtschaftspolitik.

Ob aber die historische Ehe Eucken/Keynes überhaupt wieder hätte gekittet werden können, ist fraglich: Die keynesianische Wirtschaftspolitik der frühen siebziger Jahre brauchte rasches wirtschaftliches Wachstum als Vehikel einer sozialen, mehr über staatliche Ausgabenerhöhungen denn über Strukturveränderungen erfolgenden Reformpolitik. Das wirtschaftliche Wachstum aber ist inzwischen gegen Null gegangen und hat damit wiederum zum Legitimationsverlust der keynesianisch begründeten staatlichen Intervention beigetragen bzw. den Wiederaufstieg traditioneller Politikrezepte gefördert. Einfacher ausgedrückt: Während der wirtschaftspolitische Stützungsbedarf sich angesichts konjunktureller Verschlechterungen und struktureller Verwerfungen erhöhte, hat die Stützungsbereitschaft (aber auch die Stützungsfähigkeit) abgenommen. Nicht zuletzt dieser Widerspruch hat die sozial-liberale Regierung in ihrer Handlungsfähigkeit gelähmt und schließlich ihren Bruch mit bewirkt.

Neben der strukturpolitischen gibt es eine niveaupolitische Schwachstelle der sozial-liberalen Wirtschaftspolitik. Noch bevor die Wachstumskritiker auf breiter Front von der Entwicklung bestätigt wurden, war statistisch bereits „Nullwachstum“ eingetreten - und gegen „Nullwachstum“ war weder taktisch

noch strategisch ausreichend vorgesorgt. Es gibt Analysen, die den entscheidenden Fehler der Wirtschaftspolitik der sozial-liberalen Koalition auf das Jahr 1978 datieren, als wider Erwarten ein relativ kräftiger Aufschwung eingetreten war, der jedoch nicht zum Abbau der staatlichen Neuverschuldung genutzt wurde. Damit war eine Sockelverschuldung zementiert, die dann bei späterem Abflachen der Konjunktur nicht mehr abgebaut, sondern nur aufgestockt werden konnte. Dieses Abweichen von der keynesianischen Regel der Konjunkturpolitik ist nur *ein* Beispiel für mangelnde Flexibilität bei der Anpassung an sich ändernde wirtschaftliche Situationen.

Die sozialen Begleitsysteme der Wirtschaft sind auf Wachstum angelegt - zu Zeiten raschen Wachstums ein problemfreier Mechanismus. Entfällt aber das Wachstum, droht der Sanierungsfall oder zunehmende staatliche Verschuldung - es sei denn, es sind sinnvolle und sozial gerechte Kopplungen eingebaut, die die Problemlage entschärfen. Über Alternativen der Wachstumsgesellschaft haben die „Alternativen“ im allgemeinen viel nachgedacht (wenn auch weniger in bezug auf das System der sozialen Sicherung), aber wenig bewirkt. Die „Politiker“ haben weiterhin auf Wachstum gesetzt, die Verschuldung nicht gescheut. Wenn aber Wachstum nicht in ausreichendem Maß bewirkt werden kann, kommen Verteilungskämpfe in Gang. So wie die 60er und frühen 70er Jahre eine Wachstumsphase darstellen, die die verbliebenen Verteilungsprobleme überdeckte, so könnten die 80er Jahre zu einer Verteilungsphase werden: ein gesellschaftlicher Kampf um Einkommens- und Vermögensanteile, um Arbeitsplätze, Bildungs- und Ausbildungschancen, um Umwelt- und Lebensqualität. Die Forderung nach Wirtschaftswachstum steht daher nicht nur zur Lösung der Beschäftigungskrise, sondern auch der bevorstehenden Verteilungskrise hoch im Kurs. Doch welches Wachstum ist gefordert?

Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie: mißglückt

Eine allgemeine Wachstumspolitik im Sinne der Belebung der Investitionen der Wirtschaft über die Steigerung der Gewinneinkommen steht heute - neben ihrer verteilungsmäßigen Problematik - vor einem doppelten Dilemma:

- beschäftigungsloses Wachstum („jobless-growth“) nicht verhindern und
- qualitatives, umwelt- und sozialverträgliches Wachstum nicht garantieren zu können.

Wenn die Differenz zwischen Produktivitätszuwachs und Produktionszunahme hoch ist und bleibt, trägt allgemeine Wachstumspolitik zum Abbau von Arbeitslosigkeit nicht bei, Wachstums- und Beschäftigungseffekt der Wirt-

schaftspolitik entsprechen sich nicht. Die staatliche Beeinflussung der Höhe des Produktivitätszuwachses wird nach wie vor tabuisiert — auch wenn man das Motto, daß nicht alles, was möglich ist, auch geschehen soll, oft gehört haben mag. Kommt Struktur- und arbeitspolitische Abstinenz hinzu, dann kann allgemeine Investitionsförderung das Gegenteil dessen bewirken, was sie zu erreichen beabsichtigt: Rationalisierungsinvestitionen statt Erweiterungsinvestitionen, kapitalintensive statt arbeitschaffende Produktion, Intensivierung statt Humanisierung der Arbeit.

Die direkte und indirekte Investitionsförderungspolitik der sozial-liberalen Ära, die Ressortpolitik und die speziellen Wirtschaftsbelebungsprogramme stecken voll von Beispielen, wie man mit hohem staatlichen Aufwand wenig Beschäftigung schaffen kann. Viele staatliche oder staatlich geförderte Großprojekte im Energie- und Verkehrsbereich sind Beispiele maximaler, nicht minimaler Kapitalintensität. Der einzelne neu geschaffene Arbeitsplatz kostet oft ein Mehrfaches, nicht selten sogar das Zehnfache dessen, was der Arbeitsplatz im volkswirtschaftlichen Durchschnitt erfordert. Die Beschäftigungsprogramme versickerten in nicht ausgeschlossenen oder nicht ausschließbaren Mitnehmereffekten. In wirtschaftlichen Krisenzeiten sollte ein möglichst hoher Beschäftigungseffekt je eingesetzter Kapitaleinheit angestrebt werden, eine Dualstruktur der Wirtschaft müßte nicht notwendigerweise ein Schreckbild sein. In vielen Fällen geschah und geschieht nach wie vor aber genau das Gegenteil - nicht selten mit Hinweis auf den notwendigen Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber anderen Ländern, die ihrerseits, mit wenigen Ausnahmen, vor noch größeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen. Im Bemühen um den Anschluß an die moderne Technologie und um Arbeit für den arbeitssuchenden Menschen kann aus dem „und“ zwischen beiden Forderungen leicht ein „oder“ werden.

Ein besonderes Dilemma (aber auch ein entscheidender wirtschaftspolitischer Hebel) liegt meines Erachtens im Investitions- bzw. Rationalisierungskonzept der Wirtschaftspolitik. Rationalisierungsinvestitionen werden in der Regel als Ersatz von Arbeit durch Kapital (Maschinen) begriffen. Die Begünstigung von Investitionen war und ist geltende wirtschaftspolitische Philosophie. Darin liegt aber die Gefahr, daß Arbeit durch Kapital ersetzt wird, auch dann noch, wenn die Arbeit von mehr als zwei Millionen Menschen nicht mehr nachgefragt wird. Ein anderes, differenzierteres Investitions- bzw. Rationalisierungskonzept ist dagegen weitgehend unterbelichtet geblieben; es war nur kurz vor Ende der sozial-liberalen Koalition in einem Vorstoß des (damaligen) Finanzministers Matthöfer zu erkennen, in einem konkreten Programm Energie-, Haushalts- und Konjunkturpolitik zu vereinen: den Einsatz von Energie und Rohstoffen systematisch zu reduzieren und durch Arbeit (geistige Arbeit)

zu ersetzen. Eine entsprechend differenzierte Investitionsförderung würde nicht nur den Konfliktfall von Wachstum *ohne* Beschäftigungszunahme vermeiden, sondern zugleich die energie- und rohstoffbedingte Umweltbelastung reduzieren.

Das Verkennen dieses fundamentalen Zusammenhangs zwischen Wachstums-, Beschäftigungs- und Umweltpolitik mag — neben anderen Konfliktbereichen — das Ende der sozial-liberalen Ära in unterschiedlicher, aber letztlich sich verbindender Weise beschleunigt haben (auch wenn die politischen Schlachtfelder zum Teil anderswo gesucht wurden):

- den Verlust der politischen Unterstützung aus Teilen der entstehenden Umwelt- und Alternativbewegung, trotz relativ erfolgreicher nachsorgender Umweltpolitik,
- den Verlust der Unterstützung aus Teilen der traditionellen Arbeiterschaft, wegen des abnehmenden Beschäftigungseffektes des Wirtschaftswachstums (Arbeitslosigkeit) und schließlich auch des Ausbleibens des Wirtschaftswachstums selbst.

Hierin liegt zugleich ein dimensionsreiches historisches Versäumnis der sozial-liberalen Ära:

- Der These von der notwendigen Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie ist zwar oft applaudiert, von Regierung und Wirtschaftsführern (und auch den Gewerkschaften) aber zugleich heftig mißtraut worden; anders wäre die Häufigkeit entsprechender Konflikte (z. B. im Energie- und Verkehrsbereich) und die Art ihrer politischen Austragung nicht erklärbar.
- Arbeiterbewegung und Umweltbewegung sitzen auch heute in bezug auf das Thema Ökologie keineswegs „im gleichen Boot“; sie ziehen gelegentlich heftig auf der jeweils anderen Seite des Seils.
- Der eine Teil der Koalitionsregierung konnte dem anderen Teil nicht vermitteln, daß Umweltpolitik auch Teil der Wirtschaftspolitik ist, daß nicht die Unterordnung des einen unter das andere sondern die Harmonisierung von beiden ansteht: Partei- wie koalitionsinterne Arbeitsteilung und Profilsuche haben, so scheint es, Ökonomie und Ökologie zu lange zu sich ausschließenden Themen gemacht.

Diese Darstellung läßt sich mehrfach belegen. Trotz intensiver weltweiter und inländischer Diskussion seit Beginn der 70er Jahre um Umweltbelastung, um Rohstoffknappheit und Energieeinsparung sind diese Themen nicht oder nur in eingegengtem Sinne Bestandteil der offiziellen Wirtschaftspolitik geworden. Umweltpolitische Beschäftigungsprogramme hat es bisher - von Teilan-

sätzen abgesehen - nicht gegeben, obwohl Umweltpolitik sehr wohl, wie inzwischen eindeutig nachgewiesen ist, einen gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Netto-Beschäftigungseffekt hätte bewirken können.

Die beiden gesetzlichen Grundpfeiler der wirtschaftspolitischen Verbindung von Eucken und Keynes - das „Stabilitätsgesetz“ und das „Kartellgesetz“ - schließen weder bei den Zielen noch bei den sonstigen Bestimmungen rohstoff- und energiebedingte ökonomische Kategorien ein. Aufweiche Weise und mit welcher Konsequenz die „Umweltstabilisierung“ neben der „Beschäftigungs“- und „Preisniveaustabilisierung“ in den wirtschaftspolitischen Zielkatalog aufgenommen werden könnte, wie neben der „Kontrolle von Kartellen und marktbeherrschenden Unternehmen“ eine „Kontrolle rohstoffverschwendender und umweltbelastender Unternehmen“ zur Aufgabe einer dem Wirtschaftsministerium nachgeordneten Behörde werden könnte, dies sind im Grunde offene, zum Teil nicht einmal andiskutierte Fragen.

Dabei erscheint die Integration von Umweltgesichtspunkten in die traditionellen Politikbereiche - wie Wirtschaftspolitik - heute dringender denn je. Die offizielle staatliche Umweltpolitik ist medial organisiert: Luft- und Wasserreinhaltungspolitik, Abfallbeseitigungs- und Lärmbekämpfungspolitik. Sie ist aus diesem Grunde mit zwei Strukturfehlern behaftet: Sie kann mediale Problemverschiebungen und räumliche Problemverlagerungen nicht verhindern, und sie kann die Befolgung des Prinzips der Prävention (Vorsorge) nicht garantieren. Hohe Schornsteine machen die Luft im Ruhrgebiet sauberer, aber die Böden und Seen in Skandinavien versauern; end-of-pipe-Technologien machen den Umweltschutz zu einer Wachstumsindustrie, sie reduzieren die Immissionen, verhindern aber nicht das Entstehen von Emissionen. Man hat die mediale Umweltpolitik - mit einigem Sarkasmus - als nachträgliche Reparatur der Wirtschaftsergebnisse bezeichnet. Wie immer man sie ansonsten bewerten mag, jedenfalls ist der Wirtschaftspolitik bisher die postulierte Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie von ihren Konzepten her noch nicht gelungen.

Dennoch hat die rege Umweltdiskussion der 70er Jahre natürlich auch die Wirtschaftspolitik der sozial-liberalen Ära beeinflusst. Ein Wandel der Werte von den materiellen hin zu den nicht-materiellen wurde postuliert und empirisch verifiziert. Zunehmendes Wissen über die sozialen Kosten der Produktion und die teilweise Infragestellung eines „Wachstums um jeden Preis“ haben neue gesellschaftliche Bedingungen des Wirtschaftens entstehen lassen. Neben die Forderung nach Schaffung neuer Arbeitsplätze trat die nach der Humanisierung der Arbeit. Es gab erste Ansätze zur Neubestimmung des Begriffs der Arbeit. Mehr Zeitautonomie, Selbstbestimmung, flexiblere Arbeitsgestaltung

und Mitverantwortung ergänzten die Forderung nach Senkung der Arbeitszeit und Verminderung der Arbeitsbelastung. Aus den ersten Diskussionen zu Beginn der 70er Jahre um den Begriff „Lebensqualität“ schälten sich nach und nach konkrete Konzepte für ein „qualitatives Wachstum“ der Wirtschaft heraus.

Andererseits ist es eine Tatsache, daß parteipolitische Kontroversen gerade auch in diesen gesellschaftlichen Diskussionsfeldern, die von der sozial-liberalen Koalition entdeckt und besetzt worden waren, am Ende zu deren Scheitern mit beigetragen haben. Durch unterschiedliche Gewichtung, durch Inhaltsverschiebung (zum Beispiel beim Thema Mitbestimmung) und durch sich ändernde Absichten verschwand der anfängliche Konsens der Träger der Wirtschaftspolitik im zwischenparteilichen Zwist. Es ist ein Verdienst der sozial-liberalen Koalition, qualitative Aspekte in die wirtschaftspolitische Strategiediskussion eingebracht zu haben. Es ist ihr Versäumnis, sich ihrer Umsetzung in die Praxis nicht hinreichend gewidmet zu haben.